

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|---|---|
| 13. Unzulässige Verwendung eines Wohnsitzes als Freizeitwohnsitz - höchstgerichtliche Judikatur | 15. Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2019 |
| 14. Zum ortspolizeilichen Charakter von Notverordnungen des Bürgermeisters - VfGH vom 26.02.2019, Zahl V 44/2018-10 | 16. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2019
<i>Verbraucherpreisindex für Jänner 2019 (endgültiges Ergebnis)</i> |

13.

Unzulässige Verwendung eines Wohnsitzes als Freizeitwohnsitz - höchstgerichtliche Judikatur

Nach § 13 Abs 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 (TROG 2016), LGBl Nr 101/2016, sind Freizeitwohnsitze Gebäude, Wohnungen oder sonstige Teile von Gebäuden, die nicht der Befriedigung eines ganzjährigen, mit dem Mittelpunkt der Lebensbeziehungen verbundenen Wohnbedürfnisses dienen, sondern zum Aufenthalt während des Urlaubs, der Ferien, des Wochenendes oder sonst nur zeitweilig zu Erholungszwecken verwendet werden.

Gemäß § 13a Abs 1 lit a TROG 2016 begeht eine Verwaltungsübertretung, wer einen Wohnsitz als Freizeitwohnsitz verwendet oder anderen zur Verwendung als Freizeitwohnsitz überlässt, ohne dass einer der näher angeführten Ausnahmefälle vorliegt. Nach § 13a Abs 3 leg cit sind Verwaltungsübertretungen nach Abs 1 von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 40.000,-- Euro zu bestrafen.

Einer in Wien wohnhaften österreichischen Staatsangehörigen (= Beschwerdeführerin) war von der Bezirksverwaltungsbehörde angelastet worden, sie habe das mit

Kaufvertrag vom 31.10.2005 erworbene Objekt (Adresse in Tirol) in der Zeit vom 08.01.2007 bis 10.11.2009 als Freizeitwohnsitz verwenden lassen, obwohl dieses Objekt nicht unter näher angeführte Ausnahmen falle und daher nicht als Freizeitwohnsitz verwendet werden dürfe, indem unter dieser Adresse ihre Tochter Aufenthalt nur zeitweilig zu Erholungszwecken gehabt habe. Wegen dieser Verwaltungsübertretung wurde über sie eine Geldstrafe verhängt.

Das gegen diese Entscheidung erhobene Rechtsmittel wurde als unbegründet abgewiesen und dazu im Wesentlichen ausgeführt, dass die Beschwerdeführerin die näher bezeichnete Liegenschaft samt darauf errichtetem Wohnhaus in einer Gemeinde in Tirol mit Kaufvertrag vom 31.10.2005 erstanden habe. Im Kaufvertrag sei ausdrücklich erklärt worden, dass kein Freizeitwohnsitz geschaffen werde, und auf die Strafsanktion für die unzulässige Verwendung als Freizeitwohnsitz hingewiesen worden. Das Wohnhaus bestehe aus Keller, Erdgeschoss, erstem und zweitem

Stock. Der erste und der zweite Stock würden von der Tochter der Beschwerdeführerin genutzt. Eine spezielle Büro- und Geschäftsausstattung sei nicht vorhanden. Im Verzeichnis der Freizeitwohnsitze der Gemeinde sei das Objekt nicht eingetragen. Seit Anfang 2007 werde das Wohnhaus von der Tochter verwendet, die dort seit dem 08.01.2007 mit Hauptwohnsitz gemeldet sei. Sie sei Rechtsanwältin, habe sich bis Ende 2006 in Holland aufgehalten, sei anschließend bis 2011 in verschiedenen Wiener Rechtsanwaltskanzleien beschäftigt gewesen und habe sich von 2007 bis Mitte 2008 auf die Rechtsanwaltsprüfung vorbereitet. Das Wohnhaus habe der Tochter nicht der Befriedigung eines ganzjährigen, mit dem Mittelpunkt der Lebensbeziehungen verbundenen Wohnbedürfnisses gedient; es habe sich auch nicht um einen berufsbedingten weiteren Wohnsitz gehandelt, vielmehr sei das Wohnhaus nur zeitweilig zu Erholungszwecken verwendet worden. Dass die Tochter ihre berufliche Tätigkeit vom Wohnhaus (Adresse in Tirol) aus betrieben bzw dort über einen längeren Zeitraum auf ihre Rechtsanwaltsprüfung gelernt habe, sei nicht glaubhaft und stehe im Widerspruch zu den Erfahrungen des täglichen Lebens.

Die gegen diese Entscheidung erhobene Beschwerde hat der Verwaltungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 27.06.2014, Zl 2012/02/0171, als unbegründet abgewiesen und ua ausgeführt wie folgt:

Nach der ständigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes kann von einem anderen Wohnsitz als von einem Freizeitwohnsitz nicht gesprochen werden, wenn kein deutliches Übergewicht hinsichtlich der beruflichen und familiären Lebensbeziehungen des Beschwerdeführers feststellbar ist, auch wenn er dort gelegentlich seinen Beruf betreffende Tätigkeiten ausüben sollte.

Im vorliegenden Fall war ausgehend vom festgestellten Sachverhalt jedenfalls angesichts der beruflichen Tätigkeit der Tochter der Beschwerdeführerin in Rechtsanwaltskanzleien in Wien sowie der krankheitsbedingten Pflege und Betreuung der in Wien lebenden

Beschwerdeführerin kein solches deutliches Übergewicht hinsichtlich der beruflichen und familiären Lebensbeziehungen der Tochter der Beschwerdeführerin feststellbar. Abgesehen von einer persönlichen Affinität zur Lage des Hauses in der Tiroler Gemeinde hat die Tochter der Beschwerdeführerin im Verwaltungsverfahren keine weiteren, konkreten Bindungselemente zum Wohnsitz in Tirol dargetan. Damit vermochte die Beschwerdeführerin der Beurteilung der Tiroler Liegenschaft als Freizeitwohnsitz rechtlich nichts entgegenzusetzen.

Die Annahme, dass das Haus in der Tiroler Gemeinde als Freizeitwohnsitz genutzt wurde, stützt die belangte Behörde in schlüssiger und nachvollziehbarer Beweiswürdigung maßgeblich auf die Tatsache, dass die Tochter der Beschwerdeführerin aufgrund ihrer beruflichen Umstände (Tätigkeit in Kanzleien in Wien) und familiären Umstände (Beistand und Pflege der in Wien lebenden Beschwerdeführerin) ihren Lebensmittelpunkt in Wien, nicht aber an ihrem Wohnsitz in Tirol hatte. Weder die Meldung der Tochter der Beschwerdeführerin mit Hauptwohnsitz in Tirol lassen Schlussfolgerungen auf die Nutzung des Hauses zu, noch die berufsbedingten Auslandsaufenthalte der Tochter der Beschwerdeführerin.

Bereits in früheren Erkenntnissen (VwGH 26.06.2009, Zl 2008/02/00444; 26.11.2010, Zl 2009/02/0345) hatte der Verwaltungsgerichtshof festgehalten, dass von einem anderen Wohnsitz als von einem Freizeitwohnsitz nicht gesprochen werden kann, wenn kein deutliches Übergewicht hinsichtlich der beruflichen und familiären Lebensbeziehungen des Betroffenen zu seinem Objekt (in Tirol) feststellbar ist. Dies selbst dann, wenn dort gelegentlich den Beruf betreffende Tätigkeiten ausgeübt werden.

Diese strenge Spruchpraxis hat der Verwaltungsgerichtshof auch in weiterer Folge aufrechterhalten (vgl zB VwGH 30.09.2015, Zl Ra 2014/06/0026).

Dr. Christoph Purtscher
Präsident Landesverwaltungsgericht Tirol

14.

Zum ortspolizeilichen Charakter von Notverordnungen des Bürgermeisters - VfGH vom 26.02.2019, Zahl V 44/2018-10

Auf Antrag des Landesverwaltungsgerichtes Tirol hat der Verfassungsgerichtshof ein Verordnungsprüfungsverfahren über die Verordnung des Bürgermeisters der Gemeinde Gries am Brenner betreffend die **Steinschlaggefahr** im Bereich Lueg eingeleitet.

Die auf § 54 der Tiroler Gemeindeordnung (TGO) und § 43 Abs. 1 lit. a der Straßenverkehrsordnung (StVO) gestützte Verordnung umriss einen Bereich, der aufgrund eines Steinschlagereignisses von Personen nicht mehr betreten werden durfte. Ausnahmen waren nur zugunsten von Personen, die zur Behebung der Gefahr geologische Messungen oder Sicherheitsmaßnahmen durchführen sowie für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung einer bestimmten Grundparzelle bei guten Sichtverhältnissen auf das Abbruchgebiet vorgesehen. Weiters enthielt die Verordnung eine **Strafbestimmung**, nach der Übertretungen dieser Verordnung mit einer Geldstrafe bis zu Euro 2.000,- oder mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Wochen bestraft wurden.

In seinem Normprüfungsantrag führte das Landesverwaltungsgericht Tirol zusammengefasst aus, dass die Erlassung der Verordnung auf Grundlage der StVO jedenfalls gesetzwidrig sei. Auf Grundlage des § 54 TGO könne der Bürgermeister zwar in Notstandsfällen auf dem Gebiet der örtlichen Sicherheitspolizei zur Gefahrenabwehr generelle Anordnungen und somit Verordnungen erlassen, es handle sich dabei jedoch um eine Durchführungsverordnung auf Grundlage des § 54 TGO, der nicht als gesetzliche Grundlage für eine Verwaltungsstrafnorm herangezogen werden könne.

Für eine solche Bestimmung komme auch keine andere gesetzliche Grundlage in Betracht, die die Verordnung rechtmäßig sein ließe, auch wenn diese Grundlage nicht angegeben wurde. Die Strafbestimmung sei daher gesetzwidrig.

Der Verfassungsgerichtshof erachtete den Antrag als zulässig, teilweise begründet und führte in der Sache aus, dass die Verordnung der Abwehr einer durch ein Steinschlagereignis drohenden allgemeinen Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Menschen dient, deren **Abwehr keiner anderen Verwaltungsmaterie zugeordnet werden kann**. Dass Pilger, die den Jakobsweg beschreiten, oder Hochzeitsgesellschaften, die sich im Bereich der Kirche am Lueg aufhalten, durch herabstürzende Felsbrocken getroffen werden, ist als abgrenzbarer, gemeinschaftsrelevanter Lebenssachverhalt, der negativ bewertet wird, einzuordnen und somit als **Misstand im Sinne des Art. 118 Abs. 6 B-VG** zu qualifizieren.

Der **Verfassungsgerichtshof kommt daher zum Ergebnis**, dass die „vorliegende, der Abwehr eines örtlichen Misstandes dienende Verordnung [wurde] - da ein Notstand - gemäß § 54 Abs. 1 TGO erlassen [wurde]. Als Abwehr eines örtlichen Misstandes kann sich die vorliegende Verordnung jedoch auch - mit ausnahmsweisen Notanordnungsrecht des Bürgermeisters - auf § 18 TGO stützen, der Übertretungen ortspolizeilicher Verordnungen zu Verwaltungsübertretungen erklärt, die vom Bürgermeister mit einer Geldstrafe bis zu € 2.000,- zu ahnden sind (§ 18 Abs. 2 TGO). Da Art. III der Notverordnung ebenso eine Geldstrafe bis zu € 2.000,- vorsieht, bildet er insoweit eine bloße Wiederholung des § 18 Abs. 2 TGO, der kein (selbstständiger) normativer Charakter zukommt (vgl. VfSlg. 14.384/1995). Die angefochtene Strafbestimmung ist daher in Ansehung der Geldstrafe durch § 18 Abs. 2 TGO gedeckt.“

Die in der Strafbestimmung zur Verordnung alternativ zur Geldstrafe vorgesehene Freiheitsstrafe findet weder in § 18 Abs. 2 TGO noch in einer anderen Rechtsvorschrift Deckung und es war daher die **Wendung „oder mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Wochen“ für gesetzwidrig zu erklären**.

15.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	611.859	61.179	-550.680	-90,00
Lohnsteuer	21.719.362	22.974.755	1.255.393	5,78
Kapitalertragsteuer	1.250.431	1.072.695	-177.736	-14,21
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	870.810	469.442	-401.369	-46,09
Körperschaftsteuer	749.722	-109.674	-859.395	-114,63
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	-913	137	1.051	115,05
Stiftungseingangssteuer	5.817	15.782	9.965	171,30
Bodenwertabgabe	-1.481	1.502	2.983	201,37
Stabilitätsabgabe	108.707	56.533	-52.174	-48,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	25.314.312	24.542.350	-771.962	-3,05
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	19.253.286	20.352.452	1.099.166	5,71
Tabaksteuer	1.733.548	1.583.360	-150.188	-8,66
Biersteuer	254.091	192.992	-61.099	-24,05
Mineralölsteuer	3.378.321	3.377.390	-931	-0,03
Alkoholsteuer	182.959	170.574	-12.385	-6,77
Schaumweinsteuer	24.582	24.625	43	0,18
Kapitalverkehrssteuern	701	362	-339	-48,38
Werbeabgabe	102.862	103.131	269	0,26
Energieabgabe	953.205	844.327	-108.878	-11,42
Normverbrauchsabgabe	367.045	375.662	8.618	2,35
Flugabgabe	86.443	49.857	-36.586	-42,32
Grunderwerbsteuer	8.857.599	10.373.420	1.515.821	17,11
Versicherungssteuer	36.477	64.578	28.100	77,03
Motorbezogene Versicherungssteuer	156.229	197.428	41.199	26,37
KFZ-Steuer	11.368	9.407	-1.961	-17,25
Konzessionsabgabe	409.239	292.077	-117.162	-28,63
Summe sonstige Steuern	35.807.955	38.011.643	2.203.689	6,15
Kunstförderungsbeitrag	44.048	44.407	358	0,81
Gesamtsumme	61.166.315	62.598.400	1.432.085	2,34
Zwischenabrechnung	-8.995.968	7.337.103	16.333.071	181,56
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	52.170.347	69.935.503	17.765.156	34,05

16.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	14.614.496	14.006.398	-608.098	-4,16
Lohnsteuer	69.671.797	76.680.074	7.008.278	10,06
Kapitalertragsteuer	4.704.862	5.058.035	353.173	7,51
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.080.081	1.741.940	-338.141	-16,26
Körperschaftsteuer	18.568.695	22.168.521	3.599.826	19,39
Abgeltungssteuern Schweiz	-210	-16	194	92,28
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-34	0	34	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.006	5.504	4.498	447,12
Stiftungseingangssteuer	28.812	45.273	16.462	57,14
Bodenwertabgabe	-140.694	187.003	327.697	232,91
Stabilitätsabgabe	271.870	176.371	-95.500	-35,13
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	109.800.680	120.069.103	10.268.423	9,35
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	60.952.016	62.804.050	1.852.035	3,04
Tabaksteuer	4.929.316	4.823.217	-106.100	-2,15
Biersteuer	568.255	555.745	-12.510	-2,20
Mineralölsteuer	11.209.772	11.460.751	250.979	2,24
Alkoholsteuer	438.691	453.929	15.238	3,47
Schaumweinsteuer	55.730	58.049	2.319	4,16
Kapitalverkehrssteuern	677	1.571	894	132,09
Werbeabgabe	334.367	332.245	-2.122	-0,63
Energieabgabe	2.806.425	3.096.537	290.112	10,34
Normverbrauchsabgabe	1.095.341	1.065.612	-29.730	-2,71
Flugabgabe	287.234	170.741	-116.492	-40,56
Grunderwerbsteuer	25.804.472	31.376.645	5.572.173	21,59
Versicherungssteuer	2.542.591	2.561.157	18.566	0,73
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.727.865	4.035.563	307.698	8,25
KFZ-Steuer	137.767	141.637	3.869	2,81
Konzessionsabgabe	911.550	927.362	15.813	1,73
Summe sonstige Steuern	115.802.068	123.864.811	8.062.742	6,96
Kunstförderungsbeitrag	44.048	44.407	358	0,81
Gesamtsumme	225.646.797	243.978.320	18.331.524	8,12
Zwischenabrechnung	-8.995.968	7.337.103	16.333.071	181,56
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	216.650.828	251.315.423	34.664.595	16,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JÄNNER 2019 (endgültiges Ergebnis)		
	Dezember 2018 (endgültig)	Jänner 2019 (endgültig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	106,3	105,5
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	117,7	116,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	128,8	127,9
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	142,4	141,4
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	149,9	148,8
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	196,0	194,5
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	304,7	302,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	534,7	530,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	681,3	676,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	683,5	678,4
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2019 beträgt 105,5 (endgültige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Dezember 2018 um 0,8 Punkte gefallen (Dezember 2018 gegenüber November 2018 + 0,1 Punkte). Gegenüber Jänner 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,9 Punkte (+ 1,8 %), für Dezember 2018/2017 um 2,0 Punkte (+ 1,9 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck